

Region

Im Gespräch mit Severin Brüngger und Simon Stocker

Zwei Ansätze, die Welt zu sehen

Wie ticken die beiden Kandidaten für den freien Schaffhauser Sitz im Ständerat? Im SN-Streitgespräch zeigen sich die Unterschiede – und es wird auch mal grundsätzlich und etwas robust.

Robin Blanck

Zuweilen erhält man den Eindruck, dass die beiden Kandidaten Stocker und Brüngger sehr ähnliche Positionen vertreten. Ob das daran liegt, dass der SP-Kandidat in die Mitte schießt, wie manche sagen, kann offenbleiben. Wenn man genau nachfragt, zeigen sich nämlich die Unterschiede, und zwar deutlich.

Die ganze Schweiz diskutiert darüber, ob die neuen Verträge mit der EU bei einem Referendum auch ein Ständemehr benötigen für eine Annahme. Severin Brüngger, warum plädieren Sie für ein Ständemehr? Severin Brüngger: Ich finde, die Verträge sind ein grosser Einschnitt, sie werden starken Einfluss haben auf unsere direkte Demokratie. Wir werden künftig dynamisch Recht übernehmen müssen, das über der Bundesverfassung steht. Zukünftige Volksinitiativen werden darunter leiden, und unser Stimmverhalten wird beeinflusst. Darum finde ich es wichtig, dass es ein doppeltes Mehr braucht, also auch ein Ständemehr.

Simon Stocker, haben Sie denn Angst vor dem Volk?

Simon Stocker: Es ist politisch und juristisch ganz einfach: Die Bilateralen I, die Bilateralen II und Schengen-Dublin benötigen alle keine obligatorische Volksabstimmung mit Ständemehr, weil sie weder die Verfassung der Schweiz noch das Rechtsverfahren der Schweiz tangiert haben. Jetzt will die Gegnerschaft der Bilateralen III eine obligatorische Volksabstimmung durchführen, weil diese angeblich einen besonderen Eingriff darstellen. Aber meine Antwort lautet: Nein, es handelt sich um eine Erweiterung der Bilateralen I und II. Die Verfassung und die Rechtsgutachten des Bundes sind klar: Es braucht keine obligatorische Volksabstimmung und damit kein Ständemehr.

Brüngger: Das stimmt so natürlich nicht. Ich bin kein Gegner der Bilateralen III, ich bin ein Gegner davon, dass wir dynamisch EU-Recht übernehmen und das Schweizer Volk dazu nichts zu sagen hat. Ein Staatsrechtsprofessor hat in den SN klar erklärt, dass die Abkommen grosse Auswirkungen auf unsere Demokratie haben. Das Vertragspaket wird unser Land verändern, daher möchte ich, dass die Stände mitreden können, insbesondere Schaffhausen als kleiner Kanton muss vor dem Einfluss der bevölkerungsreichen Kantone geschützt werden.

Stocker: Noch mal: Der Prozess der Rechtsfindung in der Schweiz wird nicht angetastet. Dynamische Rechtsübernahme heisst, dass wir nur in den Dossiers, in denen wir bilaterale Verträge haben, aufgefördert werden, um der EU rechtlich anzupassen, und dies, indem wir ebenfalls unseren Rechtsprozess in Gang setzen – mit allem, was dazugehört. Die Schweiz kann auch Nein sagen zu dem ganzen Prozess. Jetzt kommt das Gegenargument, es

gebe Retorsionsmassnahmen, welche die EU ergreifen kann. Aber auch dort entscheidet das Schiedsgericht über deren Rechtmässigkeit. Letzter Punkt: Es ist heute faktisch schon so, dass wir EU-Recht übernehmen.

Brüngger: Aber über jeder Volksinitiative werden künftig Ausgleichsmassnahmen wie ein Damoklesschwert hängen. Dem Schweizer Volk wird gesagt, wenn ihr zustimmt, wendet die EU Ausgleichsmassnahmen an. Die direkte Demokratie hat die Schweiz so stark gemacht – dazu gehört es auch, dass wir die Kantone in die Entscheidung miteinbeziehen.

Schauen wir auf die Spitäler Schaffhausen: Die Regierung wollte den geplanten Neubau, der über 400 Millionen kosten soll, mit 70 Millionen à fonds perdu und einem Darlehen von 60 Millionen zu einem «marktüblichen» Zins unterstützen. Jetzt will die Gesundheitskommission darüber hinausgehen und das Darlehen «zinsgünstig» anbieten. Simon Stocker, sind Sie für den Vorschlag der Regierung?

Stocker: Grundsätzlich sollten wir uns ein Spital leisten, das unsere Versorgung sicherstellt. Ich glaube, dass die Bevölkerung bereit ist, das Spital zu unterstützen. Jetzt empfiehlt die Kommission einen Gegenvorschlag, der noch ein Stück weiter geht als die Initiative. Das freut mich. Ich glaube, der Einsatz der SP hat etwas gebracht.

Brüngger: Als Präsident der Gesundheitskommission kenne ich mich mit dem Thema bestens aus. Zuerst möchte ich festhalten, dass Subventionen in die Infrastruktur der öffentlichen Hand systemfremd sind, das widerspricht meinen Überzeugungen, denn die Tarifierung zwischen den Krankenkassen und den Spitälern stimmt nicht mehr. Aber: Alle Spitäler haben das gleiche Finanzproblem, deshalb ist mir wichtiger, dass wir in Schaffhausen ein eigenes Kantonsspital für die Menschen in der Region haben. Ich bin – ohne das Kommissionsgeheimnis zu verletzen – der Meinung, marktgerechte Zinsen für das erwähnte Darlehen sind angebracht, damit auch Anreize bestehen, um das Darlehen so schnell wie möglich zurückzuzahlen. Zudem gibt es auch noch andere Player in der Gesundheitsbranche, die dann noch mal benachteiligt werden.

Sprechen wir über den Verkehr: Der Fäsenstaub-Ausbau wurde abgelehnt, jetzt ist eine Ständes-initiative im Kantonsrat lanciert worden, die sich für eine zweite Röhre einsetzt, damit die Stadt nicht im Verkehr erstickt. Das kommt aus der bürgerlichen Ecke, und ich nehme an, Sie sind damit einverstanden, Herr Brüngger? Brüngger: Absolut. Wir müssen uns in Bern Gehör verschaffen, damit wir die zweite Röhre bekommen. Der Kanton Schaffhausen hat dem Ausbau zugestimmt, wir müssen unseren Kanton mit dem Ausbau schützen: Wenn wir

die bestehende Röhre sanieren wollen, wird sie über Jahre geschlossen. Der Verkehr in der Stadt Schaffhausen würde von morgens früh bis abends spät blockiert, kein Krankenwagen und kein Bus könnte mehr normal verkehren, das wäre eine Riesenbelastung für die Bevölkerung. Deshalb braucht es einen zweiten Anlauf.

Herr Stocker, Ihre Partei lehnt das im Kantonsrat rundum ab – verweigert man sich den Realitäten? Wie stehen Sie zu der Frage?

Stocker: Ich habe schon im Abstimmungskampf gesagt, dass ich eine zweite Röhre unterstütze – aber es darf nicht einfach ein genau gleiches Projekt sein wie das nun abgelehnte. Die Stadt hat Nein gesagt, weil eine riesige, jahrelange Baustelle mit einer zweistöckigen Autobahn und einem Riesenkreisel gedroht haben. Ich bin für eine zweite Röhre, aber mit einem neuen Projekt, das die Stadtentwicklung einbezieht und bei dem wir als Kanton samt Regierung dahinterstehen können. Als Ständerat würde ich mich für diese Ständes-initiative einsetzen.

Dann hätten Sie im Kantonsrat – im Gegensatz zu Ihrer Partei – der Initiative zugestimmt?

Stocker: Ich rede unseren Kantonsräten nicht rein.

Das ist nur eine hypothetische Frage...

Stocker: Wie schon gesagt, wichtig ist der Zusatz, dass es nicht genau das gleiche Projekt ist. Dann können wir eine mehrheitsfähige Umsetzung hinbekommen.

Brüngger: Für ein mehrheitsfähiges Projekt setze ich mich auch ein, die Frage ist, was wir machen, wenn das Astra das Projekt unverändert belässt. Ich würde dem in diesem Fall wieder zustimmen, weil Schaffhausen die zweite Röhre unbedingt braucht. Die Frage ist, was die Gegnerschaft dann tut.

Ich möchte einen Schritt weiter zu einem persönlicheren Thema gehen: Ich habe versucht herauszufinden, wie Sie beide es mit der ehrenamtlichen Arbeit halten. Bei Severin Brüngger habe ich Folgendes gefunden: Präsident Kadetten Junioren Handballsport, Vorstand Pflege-Team 2000, ein Spitzerverein, sowie freiwilliger Helfer beim Roten Kreuz Schaffhausen. Bei Ihnen, Herr Stocker, habe ich keinen Hinweis auf solche Engagements gefunden. Habe ich etwas übersehen?

Stocker: Ich bin jetzt neu Präsident des Spitzerverbandes Schaffhausen ...

... aber dafür gibt es 5000 Franken Entschädigung, laut Geschäftsbericht.

Stocker: Ja, dafür gibt es eine Spesen-Entschädigung. In meiner Stadtratszeit hatte ich einige Ämter inne, für die ich viel Zeit eingesetzt habe. Heute investiere ich im privaten Umfeld relativ viel, indem ich spende oder zeitlichen Einsatz leiste. Aber ich bin in den letzten



Beide wollen in den Ständerat: Simon Stocker (SP, l.) und Severin Brüngger (FDP). Bild: Roberta Fele

Jahren tatsächlich nicht mehr in Vereinspräsidien aktiv.

Ist ehrenamtliches Engagement etwas Wichtiges?

Brüngger: Ich finde das enorm wichtig für unsere Gesellschaft. Beim Sport mache ich das, weil ich als Junger selber davon profitiert habe, dass sich Leute so engagiert haben. In der Gesundheit oder beim Roten Kreuz setze ich mich ein, weil es mir gut geht und ich anderen helfen möchte. Und ich muss auch eine stringente Linie fahren: Als Politiker setze ich mich sehr stark für Freiheit und Eigenverantwortung ein, zu dieser Eigenverantwortung gehört eben auch, dass man sich in einer Gesellschaft engagiert. Darum passt das zu meiner Politik, ich verlange nicht nur Eigenverantwortung, sondern ich lebe sie auch.

Wie beurteilen Sie das, Herr Stocker? Stocker: Ich bin viel in den Gemeinden und im Kanton unterwegs, oft haben diese weniger professionelle Strukturen. Getragen wird die Hauptlast der Aufgaben dann durch die kirchliche Arbeit, den Frauenverein, das Rote Kreuz. Das ist die Grundlage für die Existenz unserer Schweiz: eine starke Zivilgesellschaft. Ich bin auch schon länger in der Altersarbeit tätig und gebe Tipps, wie man diese Arbeit verstärken kann. Gleichzeitig gibt es immer weniger Vereine und Seniorinnen und Senioren, die sich in diesem Bereich einsetzen; da ist leider ein Rückgang bemerkbar.

bleiben wir beim Thema Alter: Die zuständige Bundesrätin Baume-Schneider hat die Struktur der Altersvorsorge (AHV) – das Pensionsalter – nicht angetastet und verlangt einfach mehr Geld von den Beitragszahlern und den Menschen via Mehrwertsteuer. Ist das der richtige Ansatz, Simon Stocker, oder braucht es doch eine Diskussion über das Rentenalter? Stocker: Wir hatten vor einem Jahr eine Diskussion über das Rentenalter, die

entsprechende Initiative wurde mit 75 Prozent vom Volk abgelehnt. Will heissen: Der Bundesrat hat gar kein Mandat für eine Anpassung des Rentenalters. Die AHV wird meiner Meinung nach – bedauerlicherweise – seit Jahren schlechtergredet. Wir haben noch immer ein beträchtliches Vermögen in der AHV, sie erwirtschaftet noch immer Gewinn. Wir haben darüber hinaus den politischen Auftrag, die 13. AHV-Rente zu finanzieren. Die SP hat eine Finanztransaktionssteuer vorgeschlagen, ist damit aber nicht durchgekommen, jetzt ist ein Kompromiss herausgekommen: ein Teil Mehrwertsteuer, ein Teil Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge. Der Vorschlag, der heute auf dem Tisch liegt, ist der politischen Realität geschuldet.

Brüngger: Als die AHV 1948 ins Leben gerufen wurde, bezog der durchschnittliche Rentner 14 Jahre lang Geld. Heute liegt dieser Wert bei 24 Jahren. Auf sechs Arbeitnehmer, die Beiträge einzahlen, kann ursprünglich ein Bezüger. Jetzt sind es drei Zahler pro Bezüger, in Zukunft werden es nur noch zwei sein. Das ist eine Riesenbelastung für die Arbeitstätigen. Wenn man die Augen verschliesst und keine Reform anpackt, finde ich das sehr schwierig. Jetzt sagt man, höhere Lohnabzüge und mehr Mehrwertsteuer sind ein Kompromiss, aber das ist ein Kompromiss auf den Schultern der Jungen. Lohnabzüge betreffen alle, die arbeiten gehen, die Mehrwertsteuer betrifft alle. Mein Vorschlag wäre eine Flexibilisierung des Rentenalters: Für Menschen, die schon 40 Jahre in einer körperlich anstrengenden Tätigkeit gearbeitet haben, müssen Lösungen für eine frühere Pensionierung gefunden werden. Wer länger studiert hat und einen Bürojob hat, muss die Möglichkeit haben, länger zu arbeiten.

Brüngger: Auf den Fall Osamah bezogen muss ich gestehen, dass ich etwas intolerant bin. Das ist ein Mensch, der Bombenanschläge geplant hat, ein Gefährder, der Frauen und Kinder in die Luft jagen wollte. Da gibt es für mich einfach null Toleranz. Auch wenn man nun sagt, der Mann sei bei einer Rückführung in den Irak selber gefährdet, habe ich noch immer null Toleranz. Bei einem Gefährder verstehe ich es nicht, dass man irgendwelche Rechtsartikel findet, damit er im Land bleiben darf. Auch die Bevölkerung versteht das nicht, da gibt es einen riesigen Unmut. Aus einer allgemeinen Warte ist es wichtig, dass wir die humanitäre Tradition der Schweiz pflegen. Wer Asyl erhält, der wird aufgenommen und integriert. Wer abgewiesen ist, muss das Land verlassen. Wenn wir zu viele Menschen aufnehmen, ist unsere Gesell-

Sprechen wir über Migration, weil das ein Thema ist, das die Menschen beschäftigt: Der Fall Osamah ist in Schaffhausen breit bekannt, und noch immer hält sich der

mehrfach vorbestrafte Terrorist in der Schweiz auf. Wie gehen wir mit diesem Mann um, Simon Stocker?

Stocker: Hier sind wir tief in einer juristischen Diskussion, die mit gesundem Menschenverstand kaum nachzuvollziehen ist: ein Gefährder, der im Land bleiben darf. Ich vertraue den Stellen in Schaffhausen, dass sie richtig handeln. Wenn wir es allgemein betrachten, können wir schon festhalten, dass die Asylpolitik von der einen Seite skandalisiert, von der anderen Seite romantisiert wird. Letztes Jahr gab der Ständerat die Asylstrategie in Auftrag, zusammen mit der EU die Situation an den Grenzen anzuschauen, den Asyl-Prozess zu verschlanken, um dort, wo es Aufnahmen gibt, humanitäre Unterstützung und Integration zu bieten. Dazu gehört auch, dass Gefährder hart angefasst werden. Um zur Frage zurückzukommen: Jenen Asylsuchenden, die sich an das Gesetz halten, soll es gut gehen hier. Wenn es aber Schwierigkeiten und Problemfälle gibt, dann müssen wir mit der ganzen Härte des Gesetzes handeln, auch weil diese Fälle den Ruf der übrigen Flüchtlinge beschädigen.

Brüngger: Humanitäre Hilfe, bei der es um die Grundversorgung der Menschen geht, muss man logischerweise leisten. Aber die Schweiz kann bei der Entwicklungshilfe schon auch Forderungen stellen. Stocker: Das passiert schon heute nicht bedingungslos ... Brüngger: ... anscheinend schon! Stocker: So ein Mist! Das sind jahrelange Zusammenarbeitsformen mit lokalen, guten Akteuren, die Projekte realisieren. Wir kennen in Schaffhausen ja auch solche privaten Organisationen wie etwa die Afghanistanhilfe ...

schaft nicht fähig, alle zu integrieren. Deshalb muss die vorläufige Aufnahme aufhören. Wir müssen Lösungen finden, wie man die Leute zurückbringen kann in ihre Heimatländer.

Stocker: Das sind die Vorstöße im Parlament, die einfach nichts bringen. Wenn man versucht hat, mit Eritrea einen Deal für die Rückkehr zu machen, die das aber einfach nicht wollen, dann ist es wirklich problematisch, zu sagen, wir müssen das einfach noch mal probieren.

Brüngger: ... dann stoppen wir halt die Entwicklungshilfe für diese Länder. Mit Verlaub, das sind ihre eigenen Leute. Da müssen wir konsequent sein.

Stocker: Dieses Deal-Making ist jetzt Trump'sche Manier. Wir unterstützen gute Projekte jahrelang, wir haben eine gute Zusammenarbeit, auch ausserhalb der Regierungen in diesen Ländern, wo wir mit den lokalen Akteuren zusammenarbeiten und ihnen es zum Teil Regime, die ihr eigenes Volk drangsalieren. Wenn wir jetzt anfangen, Entwicklungshilfe und Rückübernahme zu verbinden, dann schaden wir einfach den Menschen vor Ort. Das Problem sind aber ihre Regierungen. Ich wehre mich dagegen, dass man jetzt anfängt, die Entwicklungshilfe als Pfand zu nehmen.

Brüngger: Humanitäre Hilfe, bei der es um die Grundversorgung der Menschen geht, muss man logischerweise leisten. Aber die Schweiz kann bei der Entwicklungshilfe schon auch Forderungen stellen.

Stocker: Das passiert schon heute nicht bedingungslos ...

Brüngger: ... anscheinend schon!

Stocker: So ein Mist! Das sind jahrelange Zusammenarbeitsformen mit lokalen, guten Akteuren, die Projekte realisieren. Wir kennen in Schaffhausen ja auch solche privaten Organisationen wie etwa die Afghanistanhilfe ...

Brüngger: ... das kommt aber nicht vom Bund, sondern ist ein privates Projekt. Dagegen habe ich ja nichts, ich rede von staatlicher Hilfe.

Formulieren wir die Frage anders: Die SVP verlangt mit ihrer Initiative, die Schweiz dürfe zehn Millionen erst nach 2050 erreichen. Wie viele Menschen verträge die Schweiz Ihrer Meinung nach?

Brüngger: Ich bin gegen eine fixe Obergrenze. Ich sehe aber, dass schon sehr viele Leute in der Schweiz leben und die Zuwanderung hoch ist. Verkehrswege, Schulen, Wohnraum, die Ressourcen sind begrenzt. Statt eine Obergrenze zu definieren, sollten wir Massnahmen ergreifen, damit wir weniger auf Zuwanderung angewiesen sind. Mit einer effizienteren Verwaltung bräuchten wir weniger Staatsangestellte. Zudem ist es wichtig, mehr Frauen in den Arbeitsmarkt zu bringen.

Gibt es für Sie eine fixe Obergrenze, Herr Stocker?

Stocker: Nein, natürlich nicht. Das Ziel der SVP ist die Kündigung der Personenfreizügigkeit. Das ist leider sehr polemisch, auch hier bin ich wieder für eine sachliche Diskussion über das Thema: Wir sind auf Zuwanderung angewiesen. In Schaffhausen weiss man, was das bedeutet: Spitäler, Schulen oder Firmen können ohne Zuwanderung nicht mehr existieren. Auf der anderen Seite gibt es aber schon Punkte, wo wir unser inländisches Potenzial besser ausnutzen können. Wir investieren so viel in die Ausbildung von Frauen, die dann zu Hause sind, weil die Kitakosten so hoch sind, dass sich die Arbeit nicht mehr lohnt – ein völliger Fehlernähe. Ältere Arbeitnehmer werden von der Wirtschaft teils aussortiert, hier sollten wir einen Effort leisten, um diese stärker im Arbeitsmarkt zu halten. Die Gesetzgebung steht in der Verantwortung: Sie muss die Rahmenbedingungen für die Älteren verbessern.

Brüngger: Du hast ein Thema natürlich

ausgeklammert: die hohe Steuerprogression, welche die Leute davon abhält, mehr zu arbeiten.

Stocker: Für die Individualbesteuerung kämpft die SP in Bern zusammen mit der FDP ...

Brüngger: Nein, ich habe schon mitverfolgt, wie du in Bern abgestimmt hast: Du hast Ja gesagt zur Individualbesteuerung, aber gleichzeitig auch für eine Erhöhung der Progression gestimmt. Das hebt sich auf.

Stocker: Nein, die Progression betrifft vor allem jene, die sehr viel verdienen. Die Individualbesteuerung soll vor allem Normalverdiener dazu animieren, mehr zu arbeiten.

Brüngger: Aber unser Hauptproblem ist die hohe Progression bei den Bundessteuern: Auch meine Frau und ich arbeiten und wir geraten in eine höhere Progression. Die Kantone machen das viel besser, indem sie auf das Ehegattensplitting setzen.

Sprechen wir über die Aussenpolitik: Die Schweiz hat 2023 den UN-Sicherheitsrat präsiert, fanden Sie das sinnvoll, Herr Stocker?

Stocker: Ja, ich fand das sehr gut. Die Schweiz sollte eine aktive Rolle übernehmen wie ein Schiedsrichter: Er sagt, wo Unrecht passiert. Er übernimmt Verantwortung, wenn etwas nicht richtig läuft, ist aber neutral. So sehe ich die Schweiz auch.

Einverstanden, Herr Brüngger? Brüngger: Wenn die Schweiz die Chance hat mitzureden, soll sie das tun. Bei der Ukraine-Konferenz ist am Ende wenig herausgekommen – ich hätte mehr erwartet und mir gewünscht, dass die Schweiz wieder als neutrale Nation und erste Ansprechpartnerin wahrgenommen wird, wenn es um Friedensverhandlungen geht.

Brüngger: Ich stehe für eine bodenständige bürgerliche Politik in Bern, die den Schaffhauser Anliegen Rechnung trägt. Ich möchte mich für die Ansiedlung einer Fachhochschule in Schaffhausen starkmachen, für die Finanzierung der Spitäler, und schliesslich stehe ich für eine ungeteilte Ständesimme im Ständerat ein, die bei den kleinen Kantonen so wichtig ist, weil sich sonst ihr ohnehin schon überschaubarer Einfluss noch reduziert, wenn die beiden Stimmen einander aufheben.

bleiben wir gleich beim Ukraine-Konflikt: Nehmen wir an, es gäbe in der Ukraine einen Frieden nach dem Willen von Donald Trump – also mit einer europäischen Schutztruppe. Sollte sich die Schweiz an einer solchen Mission mit einem Kontingent beteiligen? Brüngger: Nein, ich bin nicht dafür, dass wir Truppen ins Ausland schicken. Wir müssen die Armee im eigenen Land behalten und stärken.

Stocker: Eine Antwort hängt stark davon ab, wie ein Mandat für eine solche Truppe aussehen würde – die Schweiz hat sich ja im Kosovo an der KFOR-Mission beteiligt. Sollte es um einen Friedensschluss gehen, müsste man diskutieren, ob sich die Schweiz beteiligt.

Thema Schweizer Armee: Der neue VBS-Chef Martin Pfister arbeitet an einer sicherheitspolitischen Strategie für die Schweizer Armee: Wohin muss sich die Armee bewegen? Mehr Material, mehr Cyber-Verteidigung, mehr Soldaten?

Stocker: Letztes Jahr hat der Ständerat dem Bundesrat den Auftrag für eine neue Armee-Strategie für die realistischen Szenarien gegeben: Erstens ist Cyber-Security und der Kampf gegen Missinformationskampagnen ausländischer Staaten wichtig, zweitens müssen wir enger mit unseren europäischen Partnern zusammenarbeiten. Drittens habe ich der Erhöhung der Armee-Ausgaben zugestimmt. Für mich wichtig dabei: Ich möchte zuerst eine Strategie vorgelegt bekommen.

Brüngger: Aber warum hast du denn im Rat gegen den Ausbau der Boden-Luft-Verteidigung gestimmt?

Stocker: Die Anschaffung der Boden-Luft-Verteidigung war unbestritten. Es ging einzig um den Anschaffungszeitpunkt. Die Mehrheit hat diesen vorgezogen. Bundesrat und ich waren für einen anderen Zeitplan. Gleichwohl habe ich der Erhöhung der Armee-Ausgaben zugestimmt. Für mich wichtig dabei: Ich möchte zuerst eine Strategie vorgelegt bekommen.

Brüngger: Ich bin selbstverständlich für eine Stärkung der Schweizer Armee, gerade auch, wenn es um die Boden-Luft-Verteidigung geht, welche die Bevölkerung schützen soll. Derzeit haben wir zwei Patriot-Systeme bestellt, die 7500 Quadratkilometer abdecken können, die ganze Schweiz hat aber eine Fläche von 41'000 Quadratkilometern: Wir müssten uns also entscheiden, welche Stadt oder Region wir beschützen. Das zeigt deutlich auf, dass hier eine Aufrüstung in der Verteidigung nottut. Wir brauchen auch wieder mehr Soldaten, derzeit verlieren wir zu viele junge Männer an den Zivildienst. Die Armee muss wieder attraktiver werden, damit die Jungen auch stolz sind, wenn sie Militärdienst leisten.

Schlussfrage an beide: Wieso sollte man besser Sie und nicht Ihren Konkurrenten wählen?

Brüngger: Ich stehe für eine bodenständige bürgerliche Politik in Bern, die den Schaffhauser Anliegen Rechnung trägt. Ich möchte mich für die Ansiedlung einer Fachhochschule in Schaffhausen starkmachen, für die Finanzierung der Spitäler, und schliesslich stehe ich für eine ungeteilte Ständesimme im Ständerat ein, die bei den kleinen Kantonen so wichtig ist, weil sich sonst ihr ohnehin schon überschaubarer Einfluss noch reduziert, wenn die beiden Stimmen einander aufheben.

Stocker: Ich bin seit über 20 Jahren in diesem Kanton politisch aktiv, durfte schon in zahlreichen Gremien sitzen, acht Jahre davon im Stadtrat. Ich habe bewiesen, dass ich über Parteigrenzen hinweg anpacken kann und dass ich keine Scheuklappen habe, sondern auch mit Andersdenkenden zusammensitzen und Lösungen schaffen kann. Meine bisherige Politik im Ständerat zeigt, dass ich auch dort der Minderheit die Hand biete und wir auch soziale Lösungen hinbekommen. Ich glaube, es tut dem Ständerat gut, wenn er vielfältig ist – es braucht nicht noch mehr vom Gleichen.